EURO-KRISE

Schwarzer Peter

Europas Politiker flüchten weiter vor der Wirklichkeit: Griechenland ist bankrott, doch Brüssel will dem Land neue Kredite in Milliardenhöhe überweisen. In der Berliner Koalition wächst der Widerstand. Muss Athen raus aus dem Euro?

Akropolis in Athen

AXEL SCHMIDT / DAPD

Martialische Musik dröhnt aus den Lautsprechern, und über die Bildschirme jagen nicht weniger kriegerische Bilder. Polizisten vor dem Parlament in Athen, hektische Reporter und US-Investor George Soros, der mit düsteren Worten die Rettung der Euro-Zone beschwört: „Die Alternative ist einfach zu schrecklich, um darüber nachzudenken."

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) folgt dem Einspieler über der Podiumsbühne mit finsterer Miene. Es ist Freitag der vergangenen Woche, die globale Manager-Elite ist zum Weltwirtschaftsforum nach Davos gekommen, um über die „Zukunft der Euro-Zone" zu diskutieren, und es wird schnell offensichtlich, dass Schäuble sich lieber eine andere Einstimmung für diese Veranstaltung gewünscht hätte. Die Verhandlungen mit den privaten Gläubigern Athens kämen gut voran, sagt er. Er sei „ziemlich optimistisch", dass man Griechenland retten könne.

Etwas abseits der Bühne steht später der finnische EU-Währungskommissar Olli Rehn und verrät den Reportern eine ganz andere Botschaft. Athen brauche schon wieder Geld, räumt er ein. Er könne zwar noch nicht sagen, wie groß die Summe sei. Doch dass die Staaten „einen etwas höheren Beitrag" leisten müssten, sei „wahrscheinlich".

Europa streitet mal wieder über die Griechenland-Rettung, und es sieht so aus, als würde das Ergebnis nicht anders ausfallen als in der Vergangenheit. Anfang 2010 wehrte sich Kanzlerin Angela Merkel (CDU) gegen Kredite an Athen, dann wurde das erste Griechenland-Paket geschnürt. Ein Jahr später sträubte sie sich gegen weitere Hilfen – es kam das zweite Programm. Jetzt stellt sie sich wieder schützend vor die Kasse, doch in Berlin und Brüssel mag niemand darauf wetten, dass sie diesmal erfolgreicher ist.

Europas Politiker kämpfen weiter gegen die Wirklichkeit. Alle wissen, dass Griechenland seinen gigantischen Schuldenberg von über 350 Milliarden Euro nicht zurückzahlen kann. Doch anstatt die Finanzlast wirksam zu vermindern, wollen Europas Politiker der Athener Regierung neue Kredite gewähren und weiter Schulden mit Schulden bekämpfen. „Wenn das Land in der Euro-Zone bleiben will, sollten wir es dabei unterstützen", sagt der österreichische Bundeskanzler Werner Faymann (siehe Seite 23).

Kanzlerin Merkel in Davos: *Schützend vor die Kasse gestellt*

Die Retter geben Durchhalteparolen aus, doch in Europa wächst der Widerstand. In Athen wehren sich Parteien und Bürger dagegen, das Schrumpfen ihrer Wirtschaft durch neue Sparprogramme in einen Absturz zu verwandeln. Und im Hauptgeberland Deutschland halten es führende Koalitionspolitiker für ausgeschlossen, für weitere Griechenland-Hilfen im Parlament eine Mehrheit zu bekommen. „An unserer Einstellung hat sich nichts geändert", sagt CSU-Chef Horst Seehofer. „Für Reformstillstand gibt es kein Geld."

Kein Zweifel, die Griechenland-Rettung dreht sich im Kreis, Fortschritte sind nicht zu verzeichnen.

Dabei wähnten sich Europas Regierungschefs noch vor einem Vierteljahr auf der sicheren Seite. Private Gläubiger des Landes sollten auf die Hälfte ihrer Forderungen verzichten, 130 Milliarden Euro wollten die Partnerländer zuschießen. So sollte der Schuldenstand von derzeit über 160 Prozent der Jahreswirtschaftsleistung bis 2020 auf erträgliche 120 Prozent gedrückt werden.

Doch die Hoffnung trog. Griechenlands Wirtschaft schrumpft stärker, als es Europas Politiker noch im Herbst für möglich hielten. Nun fehlt schon wieder Geld. Die Vertreter der Troika, bestehend aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF), taxieren die Lücke auf rund 15 Milliarden Euro. Statt 130 Milliarden Euro benötige Griechenland 145 Milliarden Euro. „Wir gehen nicht davon aus, dass man das fehlende Geld allein bei den privaten Gläubigern einsammeln kann", heißt es in der Troika.

Bleibt die Verteilung der Lasten, so wie sie ist, müssten dafür zu etwa einem Drittel der IWF und zu zwei Dritteln die Europäer aufkommen. Doch die Geldbeschaffung gestaltet sich zunehmend schwierig. Seit Tagen tobt hinter den Kulissen ein heftiger Streit, wer das fehlende Geld auftreiben soll, es geht zu wie beim Schwarzer-Peter-Spiel.

Die Bundesregierung sieht vor allem den Finanzsektor in der Pflicht. Wenn zusätzliche Mittel notwendig würden, dann müssten die Banken eben mehr beitragen, argumentieren die Deutschen. Die Staaten seien beim neuen Rettungspaket schon mit 130 Milliarden Euro dabei. Das müsse reichen.

Das sehen die Bankenvertreter ganz anders. Sie haben ihren Beitrag bereits mehrfach erhöht, nun verweisen sie darauf, dass nicht allein private Institute griechische Staatsanleihen besitzen. Die Europäische Zentralbank beispielsweise hat jede Menge Griechenland-Papiere im Depot, deren Wert bei bis zu 55 Milliarden Euro liegen soll. Wie wäre es denn, so fragt etwa Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann, wenn die EZB sich an den Abschreibungen beteiligen würde?

Doch solche Vorschläge weisen die Währungshüter empört zurück. Die Anleihen hätten sie nur gekauft, um die Geldversorgung aufrechtzuerhalten, heißt es im Frankfurter Eurotower. Würden sie auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten, mischten sie sich in die Finanzpolitik der Staaten ein. „Wir würden dann einen Teil der Schulden eines Landes übernehmen", sagt ein Notenbanker „das ist uns verboten." Und so gaben die Währungs-

„Die Party ist vorbei“

Hilflos kämpfen Griechenlands Steuerfahnder gegen die Korruption, die Ergebnisse sind mager.

Wenn Griechenland in diesen Tagen kurz vor dem Bankrott steht, dann hat das, neben den vielen anderen Gebrechen dieses Staates, der maroden Verwaltung und dem Klientelismus, vor allem mit einer besonderen Form von Wirtschaftskriminalität zu tun: der Steuerflucht.

„Das Ganze ist eine Erziehungsfrage“, sagt Nikolaos Lekkas, 60, Chefkoordinator der griechischen Steuerfahndung, „wir müssen uns eine Steuerkultur erst neu erarbeiten.“

Lekkas leitet die Einsätze der SDOE, wie die Athener Behörde zur Bekämpfung von Wirtschafts- und Finanzkriminalität genannt wird. Er kümmert sich um Mehrwertsteuerbetrug, um Scheingeschäfte, Briefkastenfirmen und nicht deklarierte Einkommen, früher war er Direktor der staatlichen Lotterie. Etwa 60 Milliarden Euro schulden griechische Bürger ihrem Staat, 165 000 Steuerverfahren liegen bei den Gerichten. Bis zu acht Jahre kann solch ein Verfahren dauern, oft währt es noch länger.

Auf Lekkas' Schreibtisch türmen sich die Akten, er zieht irgendein Blatt heraus, eine Mahnung an die Firma Naliko in der Kleinstadt Kranidi auf der Halbinsel Peloponnes. Naliko, ein Offshore-Unternehmen, schuldet dem Staat 29 Millionen Euro. 174 solcher Unternehmen hat die Behörde allein in Kranidi gezählt. „Ein griechisches Liechtenstein“, sagt Lekkas.

Seit Ausbruch der Krise, seit die internationalen Kreditgeber in Athen mitregieren, wird die politische Klasse Griechenlands an ihren Versuchen gemessen, dem Diebstahl am Gemeinwesen Herr zu werden. Erfolge sind bislang kaum zu verzeichnen.

Vorvergangene Woche veröffentlichte das Finanzministerium eine „Liste der Schande“ von 4152 Steuersündern mit Namen und Steuernummern; es war bereits die dritte. Auf fast 15 Milliarden Euro summieren sich allein die Schulden der dort Genannten samt Bußgeldern. Höchstens eine Milliarde Euro davon werde den Weg in die Staatskasse finden, sagen Experten. Viele der Genannten haben längst Insolvenz angemeldet, sitzen im Gefängnis oder sind gestorben.

„Aber die Party ist nun vorbei“, sagt Chefkoordinator Lekkas. Es sind hohle Worte, gemessen an den Zahlen: 4,5 Milliarden Euro wollten die Fahnder im vorigen Jahr eintreiben, gerade mal 2 Milliarden sind es geworden. Dabei mangelt es nicht an Vorschriften, seit Oktober 2009 wurden allein zehn Steuergesetze vom Parlament verabschiedet. Es scheitert, wie so oft, an der Umsetzung.

Denn verantwortlich für das Steuerwesen ist nicht nur das Finanzministerium, dessen Abteilungen sich allein auf hundert verschiedene Gebäude in ganz Athen verteilen. Verantwortlich sind auch die Zollbehörde, das Ministerium für Bürgerschutz sowie dort, seit August 2011, eine eigene Steuerpolizei.

NIKOS PILOS / DER SPIEGEL

Steuerfahnder in Athen
„Das Ganze ist eine Erziehungsfrage“

Eine Kooperation mit Lekkas' Behörde aber gibt es nicht. „Wir alle arbeiten völlig unabhängig voneinander“, sagt ein Polizeisprecher, die Parallelstrukturen würden vor Korruption schützen.

Und so weiß nach wie vor die eine Abteilung nicht, was die andere tut. Immerhin, im Athener Großraum arbeiten die meisten nun mit Computern. Bis vor einem Jahr herrschte lose Zettelwirtschaft im Euroland Griechenland. Von Mai an sollen auch die Steuerbehörden in Rest-Griechenland digitalisiert sein.

Ferry Batzoglou, Julia Amalia Heyer

hüter die ungeliebte Karte an die Politiker zurück. Vergangenen Donnerstag räumte EU-Kommissar Rehn ein, die Lücke im zweiten Rettungspaket sei nur durch staatliche Geldgeber zu stopfen. Zwar war die Bundesregierung wenig amüsiert. „Da ist Rehn komplett allein unterwegs“, schimpfte ein hoher Berliner Regierungs vertreter. Doch dass die Staaten un neue Griechenland-Kredite herumkor men werden, gilt unter Europas Regierungschefs als ausgeschlossen. Wenn es nicht anders gehe, sagt der luxemburgische Finanzminister Luc Frieden, müsse „die öffentliche Hand eventuell mehr Geld zur Verfügung stellen“.

Augen zu und durch, so lautet Europas Griechenland-Strategie. Dabei wird immer deutlicher, dass die Wirtschaft des Landes nach dieser Methode nicht wieder auf die Beine kommt. Zwar gibt die Athener Regierung in diesem Jahr 20 Milliarden Euro weniger aus als noch 2009. Trotzdem steigt die Schuldenquote, weil die griechische Wirtschaft 2012 im fünften Jahr in Folge schrumpfen wird. Und aus eigener Kraft, davon sind fast alle Experten überzeugt, wird es das Land nicht schaffen, aus der Krise herauszukommen.

Die griechische Wirtschaft ist nicht leistungsfähig genug, um Wachstum zu erzeugen. Abgesehen von Olivenöl, Textilien und einigen Chemikalien gibt es kaum ein griechisches Produkt, das für den Export geeignet wäre. Im Gegenteil: Um seine Bürger ernähren zu können, ist Griechenland auf Lebensmittelimporte angewiesen.

„Griechenland lebt seit Jahren über seine Verhältnisse“, heißt es in einer unveröffentlichten Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). „Der Güterverbrauch überstieg die wirtschaftliche Leistung bei weitem.“

Besonders niederschmetternd ist das Urteil, das die DIW-Forscher über den Zustand jener Branche fällen, die gemeinhin als potentieller Wachstumsmotor gilt, den Tourismus. Der griechische Fremdenverkehr konzentriert sich demnach auf die Sommermonate. Im Re des Jahres ist fast nichts los, Städte rismus gibt es kaum, was eine inse geringe Kapazitätsauslastung u Kosten für die Hotelbetreibe In anderen Mittelmeerländ Herbergen dagegen wei ausgelastet.

Ein entscheidend Misere ist das verp Preis-Leistungs-V Studie. Beim T

Euro-Politiker Rehn, Juncker
Höherer Beitrag wahrscheinlich

raum müsse Griechenland mit Nicht-Euro-Ländern wie Kroatien, Tunesien, Marokko, Bulgarien und der Türkei konkurrieren, die ihre Leistungen deutlich billiger anböten. Die Arbeitsstunde im Gastgewerbe kostete in Griechenland zuletzt 11,39 Euro, in Portugal jedoch nur 8,49 Euro, in der Türkei 4 Euro und in Bulgarien sogar nur 1,55 Euro. Das Fazit der Studie fällt düster aus. Der drastische Sparkurs werde nicht helfen, heißt es, sondern das Land für lange Zeit zum „Sorgenkind in Europa“ stempeln.

Dass der Umbau der griechischen Wirtschaft nicht vorankommt, wird auch im übrigen Europa registriert. Entsprechend groß ist der Widerstand in den Parlamenten, neuen Hilfen für Athen zu billigen.

Das gilt auch für die schwarz-gelbe Regierungskoalition in Berlin, in der schon das erste Griechenland-Paket und der Rettungsschirm EFSF heftig umstritten waren. Seither ist der Widerstand gegen zusätzliche deutsche Hilfen für Krisenländer noch gestiegen. „Griechenland wäre die mit Abstand schwierigste Entscheidung für die Fraktion“, sagt der stellvertretende FDP-Fraktionschef Florian Toncar, der dem proeuropäischen Flügel der Partei angehört. Es gilt als sicher, dass deutlich mehr Parlamentarier ihrer Führung die Zustimmung verweigern würden.

Der bayerische FDP-Abgeordnete Erwin Lotter zum Beispiel, der bisher allen Euro-Rettungspaketen zugestimmt hat, würde das im Falle Griechenlands nicht mehr tun. „Ich war der Meinung, die Griechen brauchten Zeit“, sagt er. „Jetzt gehe ich davon aus, dass es zu einem Staatsbankrott kommt, die Probleme können mit mehr Geld nicht gelöst werden.“

Groß sind auch die Bedenken in der CSU, die Merkel bisher nur zähneknirschend folgte. „Die CSU lehnt neue Hilfen für Griechenland über die beschlossenen Programme hinaus ab“, sagt Parteichef Seehofer. Die CSU will am Montag einen Europakongress veranstalten, auf dem auch das Thema Griechenland diskutiert wird. Die Linie hat Seehofer schon vorgegeben: „Wenn die Griechen die Reformprogramme nicht umsetzen, kann es keine weiteren Hilfen geben.“

Auch in der CDU wachsen die Zweifel. „Ich werde nicht für neue Griechenland-Hilfen stimmen“, sagt der CDU-Innenpolitiker Wolfgang Bosbach. „Den Griechen fehlt nicht der politische Wille, sondern die ökonomische Kraft, um wieder auf die Beine zu kommen.“ Unbehagen breitet sich sogar im Europa-Flügel der Partei aus. „Es hat sich eine große Verärgerung breitgemacht“, sagt der Vorsitzende des Europa-Ausschusses, Gunther Krichbaum. „Alle griechischen Parteien müssen endlich den unbedingten Willen zeigen, etwas grundlegend zu ändern.“

Der Unmut an der Basis ist inzwischen auch an der Koalitionsspitze angekommen. Unions-Fraktionschef Volker Kauder fordert öffentlichkeitswirksam, einen europäischen Staatskommissar nach Athen zu entsenden. Und auch sein FDP-Kollege Rainer Brüderle meldet sich markig zu Wort. „Solidarität ist keine Einbahnstraße, insofern muss die Europäische Gemeinschaft hart bleiben und die notwendigen Strukturreformen einfordern“, sagt er. „Nur wenn die Griechen auch Beweise dafür liefern, dass sie es ernst meinen, können und dürfen wir als Europäische Gemeinschaft helfen.“

Möglicherweise dienen die scharfen Töne der Fraktions-Vorleute nur dazu den Weg für die nächste Hilfszahlung bereiten. Griechenland bekommt neu Geld, so lautet der Deal, den solche ßerungen vorzubereiten versuchen, wenn es sich noch härteren Auflagen und Bedingungen beugt. Griechenland soll mit der Brechstange saniert werden.

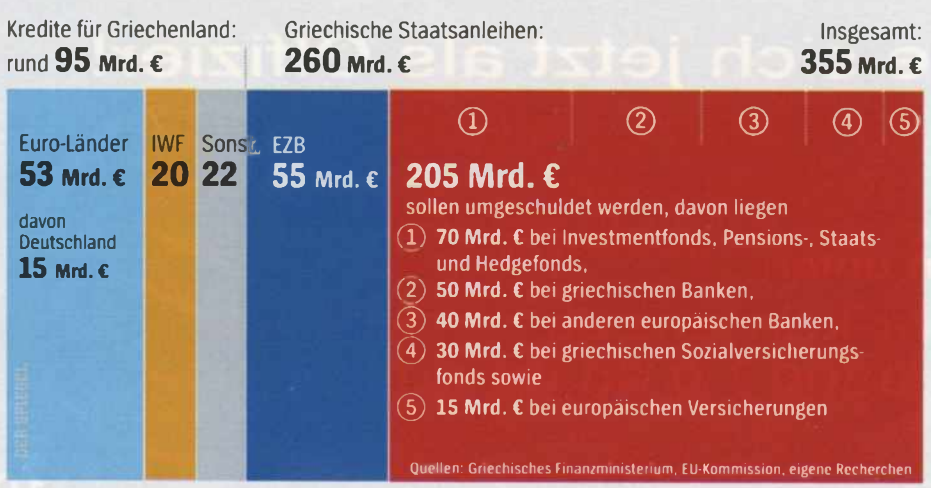
Dass die malade Wirtschaft des Land nach diesem Rezept wieder auf die Beine kommt, halten Experten für genauso ausgeschlossen wie die andere Form der Brachialtherapie, die derzeit diskutiert wird: der Ausstieg des Landes aus dem Euro. „Es ist naiv zu glauben, die Probleme wären gelöst, wenn Griechenland die Drachme wieder einführt“, sagt Ansgar Belke, Forschungsdirektor für Makroökonomie am DIW und Professor an der Universität Duisburg-Essen. Zwar würden die Waren des Landes billiger. Doch zugleich dürften die Turbulenzen einer Währungsreform Tausende von Unternehmen und Banken in die Insolvenz schicken. Die Zinsen könnten steigen, zudem würde die Pleite wohl andere Länder anstecken. Dadurch, sagt Belke, „könnten sich die Probleme Griechenlands und der Euro-Zone sogar noch verschärfen“.

Stattdessen empfehlen Ökonomen, endlich das zu tun, was ohnehin unvermeidlich ist: das Land geordnet in die Insolvenz zu schicken. Staatliche Gläubiger Griechenlands – neben der EZB also vor allem die Partnerländer, die dem Land bislang Geld geliehen haben – müssten auf etwa die Hälfte ihrer Forderungen verzichten, um den Schuldenberg des Landes auf ein verträgliches Maß abzubauen. Dann könnten auch jene Maßnahmen besser greifen, die Athens Wirtschaft allein wieder auf Wachstumskurs bringen können: Reformen am Arbeitsmarkt, mehr Wettbewerb in Dienstleistungsbranchen, Investitionen aus dem Ausland.

Noch weigern sich Europas Politiker mehrheitlich, die Realitäten anzuerkennen. Verständlich, ein Verzicht auf Teile der Griechenland-Forderungen würde ihnen hohe Verluste bescheren. Doch einige Regierungsvertreter sind immerhin berei sich an den ersten Lockerungsübun zu versuchen. Als Luxemburgs R rungschef Jean-Claude Juncker genen Freitag im Interview „Handelsblatt“ gefragt wur auch die Euro-Staaten Schulden erlassen müs Solche Lösungsvors völlig absurd“.

Sven
Ralf Ne

Athens Schulden



„Nichts versprechen“

Der sozialdemokratische österreichische Bundeskanzler Werner Faymann, 51, über größere Rettungsschirme, mehr Kredite für Griechenland und die deutsche Krisenpolitik

SPIEGEL: Herr Bundeskanzler, Christine Lagarde, die Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF), fordert, der Euro-Rettungsschirm ESM müsse mit mehr Geld ausgestattet werden, Bundeskanzlerin Angela Merkel hält das für unnötig. Wer hat recht?

Faymann: Ich würde meinem Parlament jedenfalls nicht versprechen, dass wir mit 500 Milliarden Euro auskommen. Meine Regierung stellt sich darauf ein, dass der bisherige Rettungsfonds EFSF und der ESM so miteinander verschachtelt werden, dass wir eine höhere Brandmauer errichten. Das sieht übrigens meine Finanzministerin genauso, und sie gehört wie Frau Merkel der konservativen Europäischen Volkspartei an.

SPIEGEL: Wollen Sie, dass die Milliarden, die noch im Rettungsfonds liegen, dem manenten ESM-Schirm zugeschlagen en?

: In diese Richtung sollte es ge- ürden wir auf etwa 750 Milliar- mmen. Die Finanzmärkte be- anz genau und machen an ndmauer fest, wie stark niedrig, liefern wir den d, gegen uns zu spe-

U-Gipfel im De- Zentralbank (EZB) müsse „zusätzliche Flexibilität“ für Markteingriffe bekommen. Was meinen Sie damit?

Faymann: Wenn es gelingt, dass wir gemeinsam Schuldenbremsen möglichst in die Verfassungen der Staaten aufnehmen und uns stärker bei der Einhaltung einer sparsamen Haushaltspolitik kontrollieren, dann müssen wir auch den nächsten Schritt gehen und uns stärker absichern. Ich bin deshalb dafür, dass der ESM eine Bankenkonzession erhält, um sich bei der Europäischen Zentralbank refinanzieren zu können.

SPIEGEL: Das lehnt die deutsche Regierung vehement ab.

Faymann: Ich bin anderer Meinung. Man muss den Ländern, die man jetzt in dieses strenge Korsett hineinzwingt, auch sagen, welche Vorteile des gemeinsamen Schutzes es anschließend gibt.

SPIEGEL: Um die von Deutschland für alle Staaten der Euro-Zone geforderte Schuldenbremse in die österreichische Verfassung zu schreiben, benötigen Sie die Opposition.

Faymann: Wir haben die Schuldenbremse mit einfacher Mehrheit beschlossen und gehen davon aus, dass die Opposition, etwa die Grünen, grundsätzlich bereit ist, mit uns die Schuldenbremse in den Verfassungsrang zu heben.

Regierungschef Faymann
„Unsere Schulden machen uns angreifbar“

SPIEGEL: In der EU-Kommission heißt es, 95 Prozent der Regelungen des Fiskalpakts könnten auch durch normale EU-Gesetze geregelt werden. Ist der Fiskalpakt, der vor allem von den Deutschen gefordert wird, also nur ein Symbol?

Faymann: Für mich ist er mehr als ein Symbol. Aber selbst wenn – entscheidend ist doch, ob die Ziele die richtigen sind. Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit stärken und nachhaltiges Wachstum schaffen. Wir wollen die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen. Man darf allerdings den Fiskalpakt auch nicht überbewerten. Angesichts des engen Korsetts, das uns der EU-Vertrag von Lissabon gibt, sollte man nicht behaupten, wir würden mit dem Fiskalpakt die Euro-Zone neu erfinden.

SPIEGEL: Mit dieser sozialdemokratischen Agenda befinden Sie sich unter den Staats- und Regierungschefs der EU eher in der Minderheit.

Faymann: Eigentlich müsste sich diese Agenda mit christdemokratischen oder christlich-sozialen Werten vereinbaren lassen. Die größten Unterschiede sehe ich zu den Neoliberalen.

SPIEGEL: Kanzlerin Merkel hat in Davos gesagt, in Europa seien strengere Regeln notwendig. Das klingt eher nach Strafe als nach Solidarität.

Faymann: Regeln an sich sind nicht positiv oder negativ, es kommt auf den Inhalt an. Wenn wir die Finanzmärkte stärker regulieren, Spekulationen eindämmen und eine europäische Rating-Agentur gründen, würde ich das begrüßen. Ja, unsere hohen Schulden machen uns angreifbar, aber die Spekulanten haben die Krise verschärft. Daher sollten sie auch, in Form der Finanztransaktionsteuer, an der Überwindung der Krise beteiligt werden.

SPIEGEL: In Österreich haben sich vor allem die Banken in Osteuropa verspekuliert. Muss zur Not Europa helfen?

Faymann: Wir haben auch in Österreich Partizipationskapital für die Banken bereitgestellt. Das hat uns Geld gekostet, aber in einer solchen Krise musste der Staat einspringen. Wir müssen uns aber gleichzeitig verpflichten, die Kontrollen zu verschärfen, um die nächste Krise zu verhindern.

SPIEGEL: Ist Griechenland noch zu retten?

Faymann: Ja, aber nur wenn in Regierung, Parlament und griechischer Bevölkerung der Wille dazu vorhanden ist. Wenn das Land in der Euro-Zone bleiben will, sollten wir es dabei unterstützen. Das zahlt sich nicht nur für Griechenland, sondern für uns alle aus. Wir müssen eine ungeordnete Insolvenz um jeden Preis verhindern. Wie rasch sich ein Dominoeffekt entwickeln kann, haben wir Österreicher erst jüngst erleben müssen: Eine der drei Rating-Agenturen stufte uns herab, und

zwar mit dem ausdrücklichen Hinweis auf die gesamteuropäische Entwicklung.

SPIEGEL: Von einer ungeordneten Insolvenz spricht ja keiner, aber was haben Sie gegen eine geordnete Staatspleite?

Faymann: Alle Experten, mit denen ich rede, sagen mir, dass man zuverlässig eine geordnete Insolvenz nicht versprechen kann. Ansteckungseffekte sind unberechenbar. Das wäre so etwas wie ein Realversuch, und auf den sollten wir uns nicht einlassen.

SPIEGEL: Die Staats- und Regierungschefs verhandeln bereits über das zweite Hilfspaket für Griechenland. Ist es nicht Zeit, den Bürgern reinen Wein einzuschenken und zu sagen: Die Griechen packen es nicht?

Faymann: Ich bin dafür, den Griechen zu sagen, *wie* sie es schaffen könnten. In den Gesprächen zwischen Athen, der EU-Kommission, dem IWF und der Europäischen Zentralbank werden derzeit alle Möglichkeiten ausgelotet, allen voran die Beteiligung privater Gläubiger.

SPIEGEL: Selbst wenn sich Athen mit den Banken auf einen 80-prozentigen Schuldenschnitt einigt, würden die geplanten 130 Milliarden für das zweite Hilfspaket nicht ausreichen, weil die Griechen mit den Reformen hinterherhinken. Wären Sie bereit, das Hilfspaket noch einmal aufzustocken?

Faymann: Ich möchte den Verhandlungen nicht vorgreifen. Richtig ist aber, dass wir ausloten müssen, welche Reformen realistisch sind. Wir haben ja nichts davon, wenn wir als politisches Ziel die private Beteiligung definieren, und das macht dann niemand. Daher wird derzeit intensiv darüber verhandelt. Bis spätestens Mitte März wird über die nächsten Mittel für Griechenland entschieden. Ich würde allerdings niemandem versprechen, dass wir für Griechenland nicht mehr Mittel brauchen.

SPIEGEL: EU-Währungskommissar Olli Rehn hat am vorigen Donnerstag gesagt, das Hilfsprogramm müsse auf jeden Fall aufgestockt werden. Die privaten Gläubiger könnten daraus den Schluss ziehen, sie müssten sich nicht so stark beteiligen. Fanden Sie Rehns Äußerungen hilfreich?

Faymann: Am hilfreichsten ist es, wenn man zuerst eine Lösung erarbeitet und sie dann vorstellt. Das wäre mir auch in diesem Fall lieber gewesen. Deshalb habe ich mich vorweg nicht festgelegt, wie viele Prozente oder Milliarden ich an welcher Stelle für nötig halte.

SPIEGEL: Der IWF fordert, dass sich auch die EZB am Schuldenschnitt für Griechenland beteiligen soll. Richtig oder falsch?

Faymann: Ich halte das nicht für ausgeschlossen. Aber bevor das Gesamtbild nicht fertig ist, hat es keinen Sinn, über einen einzelnen Mosaikstein zu diskutieren.

INTERVIEW: CHRISTOPH SCHULT

BICKEL/BEDEL

Karnevalistin Kramp-Karrenbauer
„Da muss ich jetzt durch"

SAARLAND

Im Abseits

Mit der Aufkündigung der Jamaika-Koalition hat sich Regierungschefin Kramp-Karrenbauer verkalkuliert – und die Kanzlerin verärgert.

Dass Annegret Kramp-Karrenbauer, 49, sich nicht daran stört, wenn über sie gelacht wird, hätte ihren Parteifreunden seit langem klar sein müssen. Zur Fastnachtszeit steigt die CDU-Politikerin stets mit Kopftuch und Kittelschürze in die Bütt: als Putzfrau Gretel.

„Bevor andere mich auf die Schippe nehmen", sagt die saarländische Ministerpräsidentin, „erledige ich das lieber selbst." Beim Narrenempfang in der Staatskanzlei gab sie kürzlich eine Kostprobe ihres Humors. In diesen stürmischen Zeiten, so die Hobby-Karnevalistin, müsse man sich fragen, wo sich eigentlich mehr Narren tummelten: in der Politik oder außerhalb.

Das war auf die Personalquerelen in der FDP gemünzt, die Regierungschefin hatte gerade die Koalition mit der FDP und den Grünen gekündigt. Doch weil es Kramp-Karrenbauer nicht gelang, mit der SPD eine neue Regierung zu schmieden, halten viele Parteifreunde sie nun selbst für jeck. Bis ins Kanzleramt in Berlin reicht der Unmut darüber, dass sich die Saar-CDU, nach zwei Jamaika-Jahren inhaltlich und nervlich aufgerieben, am 25. März Neuwahlen stellen muss.

Dabei erreichten die Regierungschefin nach der Kündigung der Koalition vor drei Wochen Glückwunschschreiben aus der ganzen Republik: „Respekt!", „Die hat Mumm". 50 neue Mitglieder bescherte der Saar-CDU der beherzte Schnitt, viermal mehr als sonst in einem Monat.

Doch da standen die Zeicher noch auf Große Koalition, Kram Karrenbauer saß auf dem Fahre sitz und bot dem SPD-Kontrahenten Heiko Maas, 45, den Sozius an. Inzwischen ließ der sie abblitzen, ist der Landtag aufgelöst, Kramp-Karrenbauer nur noch Ministerpräsidentin auf Zeit. Laut ZDF-Politbarometer liegt die SPD mit 38 Prozent vier Punkte vor der CDU. Und SPD-Chef Maas, seit Jahren belächelt als ewiger Zweiter, ist plötzlich populärer als die Landesmutter.

Innerhalb der CDU wächst der Unmut über „Gretels" politische Harakiri-Aktion. Vor allem in Berlin kam die Saarbrücker Entscheidung nicht gut an. Die Kanzlerin, die schon genug Probleme mit dem siechenden Koalitionspartner FDP hat, war über die Naivität ihrer Saar-Fürstin alles andere als erfreut.

Angela Merkel betrachtete die Situation im Saarland schon eine Weile mit Sorge. Als Kramp-Karrenbauer ihr kurzfristig mitteilte, die Koalition stehe vor dem Aus, riet Merkel zur Vorsicht: Sei das Ende der Regierung wirklich unvermeidlich? Könne man darauf bauen, dass die SPD als Juniorpartner mitmache? Für die Kanzlerin war Kramp-Karrenbauers Entscheidung schwer nachvollziehbar.

Das hat politische Gründe, aber auch persönliche. Merkel trifft eine Entscheidung in der Regel erst, wenn sie die Konsequenzen abschätzen kann. Für einen impulsiven Schritt, wie ihn ihre Parteifreundin gegangen ist, hat sie wenig Verständnis.

Schlimmstenfalls ist die CDU bald gar nicht mehr in der Saarbrücker Regierung. Doch auch eine Große Koalition – weitaus wahrscheinlicher – passt nicht ins Berliner Kalkül. Zwar weiß die Kanzlerin, dass auch sie nach der Bundestagswahl 2013 womöglich mit den Sozialdemokraten regieren muss. Doch derzeit hat sie genug Probleme, eine argwöhnische FDP bei der Stange zu halten. Da störte bereits das Buhlen Kramp-Karrenbauers u SPD-Mann Maas.

Die Kandidatin spürt, dass sie sic Abseits manövriert hat. Bei ihre ten Auftritten wirkte sie blass spannt. „Es ist für mich keir ich auch die Konsequenz scheidung trage", sagt jetzt durch." Mindest Auftritt bleibt der noch: als Putzfrau tag bei der „Na